

Neueste Nachrichten

Anzeigen-Preis:
Die einfache Partie 20 Pf.
im Reklameteil 50 Pf.
Haupt-Geschäftsstelle: Villnerstraße 49.
Ansprechender: Amt I, Nr. 3897.
Für Rücksendung nicht bestellter Manuskripte
vernimmt die Redaktion keine Verbindlichkeit.

Gesenenste und verbreitetste Tageszeitung der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.

Unparteiische, unabhängige Zeitung für Jedermann.

Sehungs-Preis:
Durch die Post verschicklich 1.50,
mit „Dresdner Fliegende Blätter“ 1.90,
für Dresden u. District monatlich 50 Pf.,
mit Wochblatt 60 Pf.
für Ost.-Ung. zweitl. Bl. 1.80 resp. 1.62
Deutsche Preisliste: Nr. 4913, Dresdner 2330.

Hugo Borack,
Hofflieferant,
vorm. Eduard Emil Richter.

Altmarkt, Ecke Seestraße 1.

Die heutige Nummer enthält 16 Seiten.

Konservative und Christlich-Sociale.

Die konservative Partei hat gleich in ihrer ersten Fraktionssitzung die Haltung der „Conserv. Correspond.“ gegen die Raumannsche Richtung gestillt und damit die Richtung endgültig aus der Partei hinausgedrängt. Diese Abstossung der christlich-sociale Elemente dürfte sich für die Weiterentwicklung der konservativen Partei als sehr bedeutsam erweisen. Was man auch im Einzelnen dem tapferen Frankfurter Pfarrer und seinen Gefährten genossen vorwerfen mag, jedenfalls kann man nicht leugnen, daß sie durchaus von konservativen Grundsätzen sich leiten ließen und zugleich eine trautwolle Thätigkeit zur Hebung der unteren Klassen entfalteten. An sich war diese Richtung dem Conservativismus seineswegs ganz fremb. Besonders was sich um die „Kreuztag.“ scharrte, hat immer mit den unteren Klassen ein wenig geliebaut. In den sechziger und siebziger Jahren, als das „Münchenerthum“ noch einen ganz anderen Einfluß hatte als heute, vertrat die „Kreuztag.“ sehr weitgehende staats-sozialistische Gedanken. Wie weit dabei die Nebenabsicht mitsprach, den liberalen Bürgerthum ein Bein zu stellen, kann unentschieden bleiben. Jedenfalls aber waren Schlagwörter wie die vom „Patrimonium der Unterthönen“ und vom „Recht auf Arbeit“ in der konservativen Partei Jahrzehnte lang wohl gelitten. Dann kam Herr Stöcker und organisierte die christlich-sociale Partei mit ihren vom Staatsocialismus sehr stark durchtränkten Grundsätzen.

Die „Jungen“ unter den Christlich-Socialen, denen die „Conserv. Correspond.“ den Scheidebrief schrieb, stehen grundsätzlich auf demselben Boden. Sie treten ein für Christenthum und Monarchie, sie sind patriotisch bis auf die Knochen. Ihre sozialen Grundsätze sind von Hermann Wagener, dem früheren Kreuzzeitung-Redakteur, weit überboten worden. Aber praktisch haben sie eine für die konservative Partei sehr bedeutsame Konsequenz gezeigt. Während sich bisher die konservative Socialpolitik mit dem großstädtischen Proletariat beschäftigte, gehen die „Jungen“ der Christlich-Socialen aufs Land. Sie versuchen, die Landarbeiter zu organisieren, treten eifrig für die Rechte und den Schutz des Dienstes ein und wollen das Coalitionsrecht der ländlichen Arbeiter durchsetzen. Damit aber treffen sie die Achselfersche der Agrarier. Auf das Land, das die Conservativen als ihre ur-eigene Domäne betrachten, sollen die neuen Gedanken nicht dringen. Hier wollen sie, unbekümmert um neumobilitäre Ideen, ihre althergebrachten patriarchalischen Bräuche beibehalten. Darum der Bannfluch gegen die christlich-socialen Pastoren, die, wie sich die „Conserv. Correspond.“ ausdrückte, „für das einseitige freie Coalitionsrecht der Arbeiter agitieren, um durch die Massen politische Macht zu gewinnen, das allgemeine geheime Wahlrecht auch für die Landtage fordern, gegen die „Jungen“ aufzutreten und der staatlichen Autorität höhn sprechen“.

Herr Stöcker hat es mit der Salzlücke, die ihn immer auszeichnete, verstanden, den Bannfluch von dem eigenen Hause abzuwenden. Er sitzt nach wie vor in der konservativen Partei und hat sogar anscheinend selbst für den Beschluss der Partei gestimmt. Aber er mag sich drehen und wenden, soviel er will: dieses Verdammlungsurteil trifft sachlich auch ihn. Nicht bloss, daß er der Urheber der christlich-socialen Bewegung ist, die durch diesen Beschluss ein „Stich ins Herz“ erhält, sondern er wird auch innerhalb der konservativen Partei nur noch dadurch seinen Platz behaupten können, daß er seine früheren Ansichten verneint. Und das ist gleichbedeutend mit seinem politischen Bankrott.

Für die konservative Partei wird dieser Beschluss gleichfalls nicht ohne Folgen bleiben. Indem sich die konservative Partei auf den Standpunkt stellt, daß die ländlichen Verhältnisse im Wesentlichen unangefasst bleiben sollen, muß sie sich notwendig die breiten Massen der Wähler entfremden. Da sie doch nicht verhindern kann, daß die sozialen Gedanken auf das Land gelangen werden, so kann sie ihr Heil nur noch in der Unterstützung finden, die ihr durch den Regierungskörper zu Theil wird. Als notwendige Folge dieses Entschlusses wird sich dann auch für die konservative Partei ergeben, daß sie wieder engere Fühlung mit der Regierung sucht, wenn sie nicht gewürtzt will, bei den nächsten allgemeinen Wahlen empfindliche Verluste zu erleiden.

Deutschland.

Der Kaiser nahm am Donnerstag Vormittag die Vorträge des Kriegsministers und des Chefs des Militärkabinetts, Generals a. D. Dahmen entgegen. Mittags erfolgte die Abreise des Kaisers von Böckingen über Magdeburg und Braunschweig nach Hannover. Nach der Ankunft des Kaisers in Hannover fand im Schloß um 5 Uhr ein Diner zu etwa 50 Gästen statt. Abends gab es der Kaiser das Operntheater zu besuchen.

Die Kölner Krise besteht fort. Am Mittwoch Nachmittag waren sämtliche Minister außer Herrn v. Möller zu einer Besprechung beim Reichskanzler eingeladen. Die Unterhaltung dauerte ungefähr zwei Stunden. Um sechs Uhr traf der Kaiser in dem Palais des Kürsten Leopold ein und ließ sich Vortrag halten. Nach der Nationaltag. ist auch dadurch die Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gekommen. Das Blatt deutet an, daß darauf hingearbeitet werde, denn v. Möller zu halten. (!)

Das „Welt“ schreibt zum Rücktritt des Herrn v. Möller u. a. folgendes:

„Zuviel geschieht in der öffentlichen Sphäre ist die Rolle, die

Ballshawls u. 1.75 zu, Ballkragen, Tücher, Capotten, Unterröcke, Schürzen.

Gestrickte Westen für Herren, Damen u. Kinder, woll. Handschuhe.

Alle Sorten Normal-, Reform- und hellholzene Unterzeuge aus den billigen Preisen u.

Echtes schwarze Frauen-Stulpe in solider Ware, englisch lang, von 50 Pf. an. Echtes schwarze

Kinder-Stulpe in haltbarer Qualität von 30 Pf. an. Echtes schwarze, wie andere Herren.

Socken in größter Auswahl.

Hugo Borack,

Hofflieferant,

vorm. Eduard Emil Richter.

Altmarkt, Ecke Seestraße 1.

oder doch zu spielen versucht hat. So viel steht fest, daß er auf einzelne hervorragende Mitglieder der Partei wiederholt einzuwirken versucht hat, und zwar in dem Sinne, daß eine Annäherung an die Regierung und gleichzeitige Absehung der „extremen“ Elemente erwünscht sei. Die Christlich-Socialen könnten sich keinen besseren Feind als ihn denken. Er ist es auch gewesen, der zur Zeit der Staatsräthselstungen dem Kaiser eine Nummer des „Welt“ in die Hand stellte, worauf der bekannte Ausbruch des Kaisers gegen uns erfolgte, von dem er triumphalistisch ausrief: „Das muß in die Presse!“ In welchem Maße Herr v. Möller bei den Auseinandersetzungen innerhalb der konservativen Partei, bei den Angriffen gegen die Christlich-Socialen und gegen Stöcker seine Hand im Spiele gehabt hat, darüber wird es vielleicht später am Platze sein, Weiteres zu bringen.“

Die Bekämpfung dieser Eröffnungen bleibt abzuwarten.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Böddiker findet sich noch „in der Schwere“.

„Nicht Herr v. Möller, sondern der Berliner Polizeipräsident Herr v. Windheim soll die Verantwortlichkeit für das Vorgehen der sozialdemokratischen Vereine tragen, nachdem er „allerdings bei seinen Maßregeln sich zuvor der allerhöchsten Bewilligung versichert hatte.“

„Aus einer Unterredung mit Professor Hans Delbrück heißt unser Berliner Korrespondent uns das Folgende mit: Den Ausgangspunkt des Gesprächs bildete die Begegnung Delbrucks und des gewissen Ministers v. Möller, welche bekanntlich zur Durchsetzung des Kölnerischen Gesetzes gegen den freimüthigen Politiker führte. Professor Delbrück wünschte auf diese Seite nicht näher einzugehen. „Ich habe zwar keinen Grund“, äußerte er, „legend etwas zu verschweigen; aber es widerstrebt mir, jetzt, wo Herr v. Möller verabschiedet ist und sich zuletzt noch, wie ich anerkennen muß, sehr verabschiedet gegen mich benommen hat, Stoff zu Prekerderungen über ihn zu geben. Klar ist ja das Eine: daß die Befürchtung, die Regierung bräuchte eine systematische Unterdrückung jeder offensichtlichen Kritik, auch von ruhig urtheilenden oder von sonst unabsehbaren Männern, unbegründet gewesen ist. Darüber mögen wir uns zunächst freuen. Auch die preußische Kultusministeriumsbehörde, wie ich Ihnen politisch versichern kann, mit seinen Untersuchungen über die Rechtsverhältnisse der Privatdozenten keineswegs eine Kurzhaltung oder gar Einschränkung der Lehrfreiheit.“

„Zur Reichstagssitzung in Hersfeld-Halle. Durch die Wahl des nationalliberalen Kandidaten, Bürgermeister Quentien, hat die konservative Partei eine schwere Niederlage erlitten. Der Wahlkreis gehörte bisher zu den sichersten Stützen der konservativen Partei, und an einer außerordentlich regen Agitation hat man es nicht scheuen lassen. Es wird sogar verächtlich gemeldet, daß von konservativer Seite mit amtlichen Beeinflussungen stark gearbeitet wurde. Alles vergebens. Vielleicht hat der Umstand, daß Herr Stöcker den konservativen Kandidaten empfahl, die Niederlage der Partei verursacht.“

„Aus dem Reichstage. Die Deutsch-socialen Reformpartei hat bis jetzt folgende Anträge eingebracht:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach staatlichen Betrieben die Gründung von Konzernvereinen, dem Verlaufsgenossenschaften verboten wird und die schon bestehenden börsigen Konsumvereine, dem Verlaufsgenossenschaften jenseit Betriebe aufgehoben werden. 2. Die Bundesregierungen zu ersuchen, wonach bei allen gerichtlichen Berechtigungen von Parteien, Zeugen und Sachverständigen die konfessionelle Eidesformel wieder eingesetzt wird. 3. Die Bundesregierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Bestellung von Doktorenungen aller Art, mit Ausnahme von Telegrammen und Sendungen, an Sonn- und Feiertagen noch zehn Uhr Morgens aufgehoben wird. 4. Die Bundesregierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Lieferanten, Handwerkern und Arbeitern für ihre auslieferungen und Arbeiten an Neubauern ermöglichten recht mäßigen Renditionen ein Vorrecht vor sämtlichen auf diese Dauer eingetragenen Hypotheken oder Cautionen gewährt wird. 5. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht zu einer Reichswahl möglichst erweitert wird. Außerdem ist auch in diesem Jahre wieder von der Deutsch-socialen Reformpartei der Antrag auf ein Verbot der Einwanderung ausländischer Juden in Form eines Gesetzentwurfs eingebracht.“

„Die Berichte der commandirenden Generale über die vierzehn Bataillone geben, wie die „All.-Sta.“ mitteilt, die Einzel-

ausbildung der Mannschaften, so in der Exercier- und Schießfähigkeit, hervor; sie sei in Folge des außerordentlich günstigen Jahresverlaufs zwischen den Schülern und den Lehrkräften sehr gut, aber schon vom Compagniedienste aufwärts finde eine ausreichende militärische Ausbildung nicht mehr statt. Die Generale bestimmen eine baldige Überarbeitung der Organisation, damit die Zahl der militärisch minder Geschulten nicht zu stark anwächst. Eine etwaige Rendition vor Ablauf des Quinquenniums würde sich nur innerhalb der jetzigen Truppenstärke unter der grundlegenden Aufrechterhaltung der zweitwöchentlichen Dienstzeit und im Wesentlichen unter Innehaltung der Etat ausgeworfenen Mittel vollziehen.“

„Die konservative Kammer der Abgeordneten hat einstimmig eine Resolution auf Verminderung der Zahl der Beamten und der Offiziere angenommen. Die „All.-Sta.“ berichtet über den Verlauf der Beratung.“

Herr Kümmel (C) betont, daß die Beschlüsse besonders „an der Majorseite“ eintreten; übrigens seien auch die Beschlüsse von Bataillonskommandeuren um das Doppelte gestiegen. Wenn es sich im Gouvernement mit den Ehren höheren Beamten vertrage, darf die Rendition im Kriege zu bleiben, warum sollte eine solche Prüfung einen Wahl-

abzug haben?“

Herr Dr. Günther (lib.): Die Art der Beschlüsse seien seit Jahren weitgehend unverändert und nicht unerhebliche Änderung: ein grandioser Unterschied in der Bezeichnung zweier Kategorien von Staatsbeamten – Beamten und Offiziere – läßt sich eben niemals unterscheiden. Was leichter habe mit Recht darauf hingewiesen, daß im Gouvernement der persönlichen Differenzen u. dergl. durch Verlegung Abhilfe geschaffen werde. Niemand im Gouvernement wolle an den Grundzügen unseres Bandesvorwahldienstes rütteln. Aber es ist kein Mensch, der nicht weiß, man, daß der Gouverneur zwischen dem Vorsitz des Militärdienstes und dem Vorsitz des Justizdienstes immer weniger werde. Dann werde auch das Volk die ihm auferlegten schweren Lasten freudiger tragen. (Beifall links.)

Herr Grillenberger (soc.) will nicht über die Beschlüsse im Gouvernement kommen; habe doch seine Partei auf einen Standpunkt gestellt, daß die

Angaben falsch seien. Anschließend sei es die Meinung der Bataillonskommandeure, die verschiedene Renditionen erfordern: kleine Renditionen für den Fall, daß von Berlin ausreichende Beziehungen nach dem Auslande geschaffen werden; größere Renditionen für den Fall, daß die Renditionen nicht ausreichen. (Beifall links.)

statistische Belege. Es besteht aber – sogar in Offizierfesten – die Ansicht, daß von Preußen aus ein Druck geübt werde, um Bayern zu einer Konvention zu veranlassen, durch die die Pensionierungs-Vereinbarungen der bayrischen Offiziere noch mehr an die preußischen angeglichen würden. Bei dem Abzug Kümmel ist Redner der Meinung, daß besonders bei Übergangshandlungen nicht eintreten sollen; ein Major, der sich nicht zum Regiments-Commandeur eigne, könne noch ganz wohl Jahre lang Major sein. Warum fühle sich denn ein Offizier nicht auch dann juridisch, wenn ein Generalstabler oder ein prinzialer oder herzoglicher General außer der Reihe befördert werde? Dem Antrag des Auslandsstimme stimme er natürlich zu, doch sei kaum zu hoffen, daß es etwas heißt, so lange das bestehende System in Berlin gegegen werde. Eine wirkliche Entlastung des Volkes könnte erst mit der Beseitigung des ganzen modernen Militärismus eintreten.“

„Ein Wahlfestum. Das ein einziger Steuerzahler acht Stadtverordnete auf ein Mal zu wählen hat, dieser seltsame Fall hat sich in Elbing ereignet. Dort übt in der ersten Abtheilung der Besitzer der bekannten Schlosshauses Werft, Geh. Commercierrath Schichau, allein das Wahlrecht aus, da er allein mehr als ein Drittel der gesammelten Wahlergebnisse hat. Herr Schichau wählte nun zunächst sechs Stadtverordnete auf sechs Jahre, dann je einen auf vier und zwei Jahre, insgesamt also acht Stadtverordnete.“

Dieses „Festum“ spricht jeder Vernunft ab.

„Kleine Nachrichten. Kiel, 5. December. Ein orkanartiger Weststurm, der seit heute Nacht herrscht, ist der Schiffahrt verhängnisvoll geworden. Bis jetzt ist bekannt, daß eine dänische Galeasse bei Friedrichsort gesunken ist. Die Mannschaft wurde gerettet. Ein ebenfalls dort stationiertes Fischwachtschiff, auf dem die Notröhre gebrochen wurde, konnte mit Mühe in den Hafen in geschleppt werden. Der Kapitän des Dampfers „Hermann“ wurde durch einen heruntergestürzten Mast schwer verletzt. Der Banquier Bühlert in Bamberg, welche seine Fahrungen eingestellt hat, wird sogleich verfolgt.“

Ausland.

Österreich-Ungarn. Wien, 5. December. [Die Finanzkrise.] Der Bericht des General-Berichtsräters Szegvánovszky über das Budget besagt, zur Beurtheilung der in den letzten Wochen ausgetragenen Finanzkrise sei die Thatache von Wichtigkeit, daß der Coursturz nur einen kleinen Theil der Börsenpapiere betroffen habe. Den österreichischen Renten und ebenso allen sogenannten Sicherheitspapieren seien die nach dem Valutatag erzielten Abwärtsbewegungen beinahe vollständig erhalten geblieben. Die Krise habe bisher weder die industrielle Arbeit, noch den Handelsverkehr berührt, und es werde nur vorübergehend sein, wenn künftig die Kapitalien sich der wirklich produktiven Arbeit zuwenden. Gegenwärtig ist es von Vortheil, fährt der Bericht fort, daß wir unsere Zahlungsbilanz nicht mit Waren, sondern durch die Ausfuhr von Papieren ausgleichen; auf die Dauer ist jedoch dieser Zustand unhalbar, weil dadurch unsere Verschuldung an das Ausland mit jedem Jahre zunimmt.“ In dem Bericht wird festgestellt, daß der tatsächliche Haushaltungs-Ueberschuss von 1894 den Betrag von 20 061 882 Gulden ausmachte.

Frankreich. Paris, 5. December. [Gervais glänzend gerichtet.] Die drei Admirale, die mit der Untersuchung des Unfalls des Panzergeschwaders bei den Hybriden Inseln betraut waren, haben ihren Bericht erstattet, der, anstatt Gervais zu tadeln, diesem vielmehr eine glänzende Genugthuung gibt. Der Bericht lobt Gervais, läßt ihm Anleger der Küste und entschuldigt das Auflaufen mit den unrichtigen Tiefenangaben der Seefahrten, tadeln dagegen die Befehlshaber der dem Flaggschiff folgenden zwei Panzerläufe, weil sie in zu kurzem Abstand fuhren.

Der Kriegsminister hat nach Berathungen mit mehreren Generalen die Absicht aufgegeben, das neungehente algierische Armeecorps nach dem europäischen Kriegsreich zu verlegen und die französische Besetzung Algeriens von 60 auf 20 000 Mann zu vermindern. – Der „Figaro“ stellt neue Entdeckungen über Beschießen und Unterstechungen bei einer algerischen Bahnlinie mit staatlicher Hindernischaft in Aussicht. Der Fall soll ähnlich liegen wie bei der Südbahn, nur daß es sich um zehnmal größere Beträge handle.

Türkei. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel, daß, wenn die Erhebung des Hermans nicht binnen 72 Stunden erfolgen sollte, die Gattschiffe ohne Weiteres nach Konstantinopel kommen werden. – Turhan Pascha, der für den Bosporusposten in Berlin in Vorstellung gebracht und der deutschen Regierung genehm war, geht nicht nach Berlin, da der Sultan seine Absicht geändert und den Botschafter in Paris, Ali Pascha, für Berlin bestimmt hat. – Die Türkei sucht u. d. G. Pascha zum Verbleiben im Dienst zu bewegen, was dieser ablehnt, da er seine Ausgaben erfüllt habe. – Aus Gattara eingelaufene Berichte über die Rendite in den letzten Tagen stützen die Gewalttätigkeiten der konservativen Bahnlinie mit zahlreichen Opfern auf 200. In Gallipoli bei Erzerum wurden zahlreiche Einwohner, darunter der armenische Bischof getötet. Weitere Andachtsschauen im Bistum Sivas waren Schauplätze geringerer Vorfälle. In Konia herrschte eine Panik.

Kunst und Wissenschaft.

Wittheit aus dem Bureau des Mus. Hofftheater. Am Sonnabend wird „Der fliegende Holländer“ mit Frau Wittheit und den Herren Bösch, Wachter, Erl. u. s. v. aufgeführt. (Anfang 18 Uhr.)

Der 2. Quartett-Wettbewerb der Herren Paul Range, Grobbberg, Schreiter I und II und Stenz findet Montag, den 9. d. W. im Wüstenhausale statt. Zur Aufführung gelangt: 1. Quartett D-dur op. 11 von J. Tschitschowsky. 2. Quartett D-dur op. 17 von Giovanni Sambatti. 3. Quartett B-dur op. 76, Nr. 6 von Joseph Haydn. Billets in der F. R. Klassischen Hofmusikalienhandlung. (Kaufhaus.)

Im morgigen Sinfonie-Concert im „Gewerbehau“ bringt Musikdirektor Lenzler mit seiner Kapelle folgende Compositionen zur Aufführung: 1. Ouvertüre z. Op. „Oberon“ von C. M. v. Weber. 2. Scherzo aus „Ein Sommernachtstraum“ von F. Mendelssohn. 3. Sinfonie-Suite über ein deutsches Volkslied (1. Teil) von P. Böckeler. 4. Le